

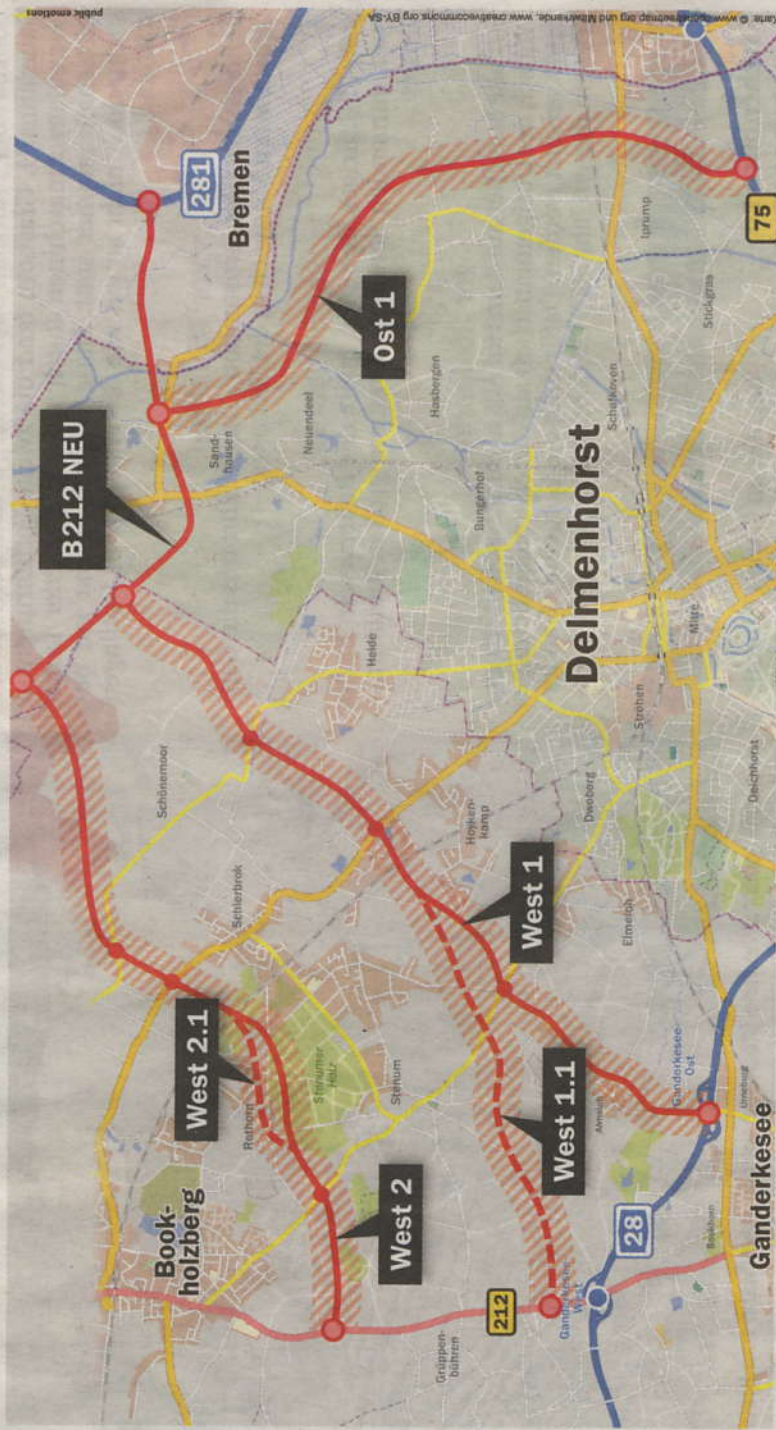
Druck auf Bremen soll erhöht werden

Um eine Umfahrung für Delmenhorst auf Ganderkeseeer Gebiet abzuwenden, soll Bremen aufgefordert werden, den Lückenschluss A 281 fertigzustellen und die B 75 auszubauen. Das ist das Ergebnis eines nicht-öffentlichen Treffens im Rathaus.

VON LARS LAUE

GANDERKESEE. Ganz im Zeichen einer drohenden Ortsumfahrung für Delmenhorst über Ganderkeseeer Gebiet hat am Montagabend eine Zusammenkunft der Orts- und Heimatvereine im Rathaus gestanden. In einem gemeinsamen Brief der Gemeinde Ganderkesee mit ihren Orts- und Heimatvereinen sowie der Stadt Delmenhorst soll gegenüber dem Land Bremen der Forderung nach der Fertigstellung des Lückenschlusses A 281 Nachdruck verliehen. Ebenso soll mit einem solchen Schreiben die Forderung nach dem Ausbau der Bundesstraße 75 bekräftigt werden. Mit diesem Vorschlag von Bürgermeisterin Alice Gerken-Klaas endete nach einer Mitteilung aus dem Rathaus das wichtige Treffen, das hinter verschlossenen Türen stattfand.

Im Mittelpunkt der Sitzung zu der Bürgermeisterin Alice Gerken-Klaas auch die Landtagsabgeordneten Axel Brammer (SPD), Christian Dürr (FDP) und Ansgar Focke (CDU), die Bundes-



Die Bundesstraße 212 neu und mögliche Trassen für eine Umgehung (schraffiert): Delmenhorst will den Verkehr loswerden, Ganderkesee möchte ihn aber auf keinen Fall haben. Der Variante Ost 1 werden unterdessen keine Chancen mehr eingeräumt.

GRAFIK: DK

Ansgar Focke nannte es ein „wichtiges Signal“, dass die alte Landesregierung die Ortsumfahrung nicht für den Bundesverkehrsweplan gemeldet habe. Mit dieser Ortsumfahrung, die inzwischen den Namen B 213 neu trage, werde nur das sich anbahnende Verkehrsproblem aus dem Norden Delmenhorsts in den Norden der Gemeinde Ganderkesee verlagert.

Der Bau der B 212 neu sei wichtig und richtig, um die südliche Wesermarsch an den Raum Bremen anzuschließen, betonte Astrid Grotelüsch. Bedeutend sei nun die Position der neuen Landesregierung in der Frage der Ortsumfahrung. Ihrer Einschätzung zufolge würde das Projekt, sollte es doch im Bundestag landen, nicht so schnell umgesetzt werden – schon

aufgrund knapper finanzieller Ressourcen. Das Vorgehen des Bundesverkehrsministeriums widerspreche ihrem parlamentarischen Verständnis von Demokratie, erklärte Angelika Brunkhorst. Sie werde sich in Kürze an das Ministerium wenden, um in Erfahrung zu bringen, auf welcher Grundlage die Finanzierbarkeit des Projektes errechnet worden sei.

Ihre Meinung zum Beitrag: lars.laue@dk-online.de

Susanne Mittag vermutete, dass hinter dem Projekt B 212n/B 213n die Refinanzierung des Wesertunnels stecke. Sie forderte, aussortierte Varianten der Streckenführung bei der B 212n erneut zu betrachten. „Die Südvariante ist angreifbar“, meint Mittag und fordert Ordnungsvorfahren.